

## **Erreichbarkeit von Rufnummern, die durch den Teilnehmer längerfristig genutzt werden**

### **1. Einführung**

Abschnitt 2.3 der Verfügung 25/2006 „Struktur und Ausgestaltung des Nummernbereichs für Ortsnetzzufnummern“ (siehe Telekommunikations-Nummerierungsverordnung, Anlage zu § 12, Abschnitt 1.1) enthält folgende Regelung:

„Die Bundesnetzagentur erstellt und veröffentlicht ein Verzeichnis, welche Länge neu zuzuteilende Rufnummern für Netzzugänge mit Einzelrufnummern (NZ-E) und für Netzzugänge mit zusammenhängenden Rufnummern (NZ-Z) haben (Stelligkeit). [...]

Die längerfristige Nutzung von Rufnummern (Anhängen von Ziffern) durch den Teilnehmer ist grundsätzlich zulässig. Es wird jedoch auf folgendes hingewiesen:

- a) Aus der längerfristigen Nutzung durch den Teilnehmer erwachsen keine Rechtsansprüche. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit etwaig erforderlich werdenden Rufnummernänderungen und im Zusammenhang mit Portierungen.
- b) Inwieweit längere Nummern technisch erreichbar sind, richtet sich nach den Gegebenheiten bei den an einer Verbindung beteiligten Netzbetreibern.
- c) Nach der Empfehlung E.164 der Internationalen Fernmeldeunion können Rufnummern in Deutschland bis zu 13 Ziffern lang sein (ohne Präfix).“

In der Praxis sind verlängerte Rufnummern nach Kenntnis der Bundesnetzagentur in der Vergangenheit in aller Regel technisch erreichbar gewesen, zumindest solange eine Länge von 13 Ziffern (ohne Präfix und ohne Länderkennzahl) nicht überschritten wurde.

Der Bundesnetzagentur wurde Anfang 2016 vorgetragen, dass die Umstellung der Telekommunikationsnetze auf IP-Technik zur Folge habe, dass bei NZ-E verlängerte Rufnummern regelmäßig nicht mehr oder nur noch eingeschränkt erreichbar sein werden.

Da eine Einschränkung der Erreichbarkeit für die betroffenen Inhaber der Netzzugänge erhebliche Folgen haben kann, wollte die Bundesnetzagentur den Sachverhalt klären und das Ergebnis veröffentlichen.

Mit Mitteilung 389/2016 im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 7/2016 vom 20.04.2016 erfolgte vor diesem Hintergrund eine schriftliche Anhörung zu den Auswirkungen der Umstellung der Telekommunikationsnetze auf IP-Technik auf die Erreichbarkeit verlängerter Ortsnetzzufnummern.

Folgende neun Institutionen haben eine schriftliche Stellungnahme abgegeben:

<b>Institution</b>	<b>Seitenzahl</b>
IEN Initiative Europäischer Netzbetreiber [IEN]	3
VATM e.V. [VATM]	4
Deutsche Glasfaser Holding GmbH [Deutsche Glasfaser]	1

IN-telegence GmbH [IN-telegence]	2
next id GmbH [next id]	2
Telefonbau Arthur Schwabe GmbH & Co. KG [TAS]	2
Telekom Deutschland AG [Telekom]	1
Ventelo GmbH [Ventelo]	2
Vodafone GmbH [Vodafone]	2

Die Firmen next id und IN-telegence haben dabei in ihrer Stellungnahme angegeben, dass sie sich der VATM-Stellungnahme vollumfänglich anschließen.

Die eingegangenen Stellungnahmen werden in Abschnitt 2 dieser Mitteilung zusammengefasst und in Abschnitt 3 dieser Mitteilung bewertet.

In Abschnitt 4 wird thematisiert, dass der Bundesnetzagentur im Rahmen von Anfragen und Beschwerden bekannt geworden ist, dass die Regelung zur längerstelligen Nutzung von Rufnummern durch den Teilnehmer hinsichtlich der Zulässigkeit einer Mitwirkung des Anbieters im Markt unterschiedlich ausgelegt wird.

In Abschnitt 5 wird das weitere Vorgehen erläutert.

## 2. Zusammenfassung der Stellungnahmen

### a) *Bedeutung der Erreichbarkeit von verlängerten Ortsnetzzurufnummern*

- Der Erreichbarkeit von verlängerten Ortsnetzzurufnummern im zukünftigen All-IP Netz komme für die Geschäftsmodelle der Mitgliedsunternehmen des VATM eine außerordentliche Relevanz zu. Nicht nur die alternativen Anbieter, sondern insbesondere auch die Geschäftskunden selbst nähmen vielfach Nummernverlängerungen in Anspruch, um die Erreichbarkeit ihrer im Unternehmen geführten Nebenstellen gegenüber Endkunden und Geschäftskunden zu gewährleisten. Die Rufnummernverlängerung sei u. a. aufgrund von knappen Ressourcen eingeführt worden und sei bei allen Marktteilnehmern und Nutzern akzeptiert [VATM].
- Eine Beeinträchtigung oder gar fehlende Möglichkeit einer Nutzung verlängerter Ortsnetzzurufnummern würde zu ganz erheblichen finanziellen Belastungen führen, unmittelbar durch den kommerziellen Aufwand für die Umstellung der Nummern, da neben der originären Einrichtung von neuen Nummern auch weitere Kosten wie beispielsweise neues Briefpapier, Anpassung der Websites, Visitenkarten, etc. zu berücksichtigen seien. Darüber hinaus führe eine fehlende Erreichbarkeit jedoch auch zu ganz erheblichen indirekten Kostenpositionen, wie beispielsweise fehlender Erreichbarkeit für Kunden, Geschäftspartner und Lieferanten. Hier bestehe nicht nur das Risiko von entgangenen Geschäftsabschlüssen, ggf. könnten gegenüber dem Nutzer auch Regressforderungen geltend gemacht werden. Auch würde eine derartige (neue) Einschränkung die Bereitschaft der Geschäfts- und Endkunden zur NGN-Migration in Frage stellen [VATM].
- Die Möglichkeit der Rufnummernverlängerung werde in der Praxis lediglich vereinzelt von Kunden der Mitgliedsunternehmen des IEN genutzt. Diese Nutzung erfolge vor

allen bei kleinen Geschäftskunden wie zum Beispiel Hotels oder Angehörigen selbständiger Berufe. In Fällen, in denen von den Mitgliedsunternehmen eine längerstellige Nutzung durch den abgeleiteten Zuteilungsnehmer festgestellt wurde, würden die Kunden regelmäßig auf die in dieser Anhörung thematisierten Probleme hingewiesen. Den Kunden werde seitens der IEN-Mitgliedsunternehmen Unterstützung bei der Beantragung von ausreichend großen Rufnummernblöcken nach den in den Zuteilungsregeln vorgesehenen Methoden angeboten, welche bereits recht lange Nummern vorsähen und dem Kunden insoweit einen begrenzten Handlungsraum gäben [IEN].

- Die fehlende Erreichbarkeit verlängerter Einzelrufnummern hätte zur Folge, dass mehr Rufnummernblöcke benötigt würden als heute, wodurch die aktuell bereits bestehende Rufnummernknappheit weiter verstärkt würde [IN-telegence].
- Auf Seiten der Kunden kämen neben finanziellen Aufwänden für neue Werbemaßnahmen etc. auch Aufwände für die Umstellung der Systeme hinzu [IN-telegence].
- Eine Einschränkung der verlängerten Nutzungsmöglichkeit der Rufnummern im NGN hätte besondere Bedeutung auch für Anbieter von Servicediensten. Erfahrungsgemäß nutzten gerade Anbieter von Servicediensten häufig verlängerte Ortsnetzzufnummern als Zielrufnummern [IN-telegence].
- Eine Beeinträchtigung oder gar fehlende Möglichkeit einer entsprechenden verlängerten Nutzung führte dazu, dass viele Rufnummern nicht erreichbar sind. Folge wäre die Notwendigkeit einer zwangsweisen Umstellung von tausenden Rufnummern bei gewerblichen Kunden. Neben den Kosten für die Umstellung träten zudem Kosten für etwaige Änderungen in Bewerbungsmaterialien und sonstigen Prospekten und Anzeigen [next id]. Der Erreichbarkeit von verlängerten Ortsnetzzufnummern im zukünftigen All-IP Netz insbesondere für Geschäftskunden komme eine außerordentlich große Rolle zu. Diese bedienten sich im PSTN-Umfeld in vielfacher Weise der entsprechenden Möglichkeiten, die geografischen Rufnummern zu verlängern. Hierdurch würden z. B. die Nebenstellen gegenüber Endkunden und anderen Geschäftskunden differenziert. Es handele sich hierbei um einen alltäglichen Vorgang, der dazu führe, dass die heute nach der ISUP-Spezifikation vorgesehene Länge von 13 Stellen regelmäßig ausgeschöpft werde. Die Möglichkeit der Rufnummernverlängerung sei nicht zuletzt auch aufgrund der knappen Ressourcen ermöglicht worden und sei bei allen Marktteilnehmern und Nutzern gängige Praxis [next id].
- Eine Begrenzung der übertragenen Durchwahlrufnummer auf die Länge des zugeteilten Rufnummernblocks unabhängig von der tatsächlichen Wahl des Anrufers in Netzabschlüssen mit SIP-Trunk würde die Einsatzfähigkeit von Alarmierungsservern drastisch beschränken und viele laufende Systeme unbrauchbar machen. Eine große Zahl von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Deutschland und Einrichtungen für die Amokalarmierung in Schulen wären davon betroffen und müssten im Zuge der NGN-Umstellung Notfallpläne und Alarmierungswege überarbeiten. Eine Beibehaltung der bisherigen Praxis der Rufnummernverlängerung sei daher dringend anzuraten [TAS].
- Rechnergestützte, automatisch arbeitende Alarmbearbeitungssysteme generierten aufgrund empfangener Anrufe weitere Telefonanrufe und verrichteten seit Jahrzehnten unverzichtbare Dienste für Einsatzkräfte u. a. bei Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), Hilfsdienste und Logistik-Zentren. Solche Systeme ersetzen an vielen Stellen schriftliche Notfallpläne mit hinterlegten Rufnummern zur Informationsverteilung. Der integrierte Konferenzserver ermögliche die Abstimmung der Krisen-Reaktionskräfte unmittelbar im Anschluss an die Alarmierung. Solche Systeme erforderten eine Vielzahl von Durchwahlrufnummern:

Für jedes geplante Notfall-Szenario müsse eine spezielle (Durchwahl-) Rufnummer fest vergeben werden. Die sonst typischerweise eingesetzten interaktiven Sprach-Dialogsysteme (IVR = Interactive Voice Response) bei der automatischen Anrufbearbeitung seien für den Einsatz in Alarmempfangssystemen unbrauchbar: In Not befindliche Anrufer hätten weder Zeit noch Konzentration, um durch Menüs geführt zu werden. Die Reaktion müsse schnell und eindeutig erfolgen, ggf. durch Druck einer einzigen Zielwahltaste. Gleiches gelte für die Notfallreaktion. Auch hier müsse für jede geplante Notfallreaktion eine eigene Rufnummer definiert sein: Nur dann ermögliche eine eindeutige Anrufer-Identifikation (CLI) je Notfallplan für den Empfänger des Alarmrufs auch einen direkt passenden Rückruf, falls der Anruf nicht sofort angenommen werden konnte. Üblicherweise zugeteilte Rufnummernblöcke seien für diesen Anwendungsfall zu klein [TAS].

- Nur verlängerte Rufnummern ermöglichten derzeit einen sinnvollen Betrieb von Alarmierungsservern, da für einen Trunk mit 30 Kanälen nur ein 2-stelliger Durchwahlblock zugeteilt werde. Ein Trunk mit 30 Sprachkanälen sei in der Regel für einen Alarmierungsserver voll ausreichend. Erst durch die Nutzung zusätzlicher Ziffern (Rufnummernverlängerung) sei jedoch die gewünschte Anzahl von Alarmempfängern und Alarmierungs-Rückrufnummern möglich. Die absolute Rufnummernlänge habe bei Nutzung von Zielwahltasten und Rückruffunktionen jedoch kaum Bedeutung. Die maximal zulässige Anzahl Ziffern gemäß E.164 könne voll ausgenutzt werden [TAS].
- Die Rufnummernverlängerung sei auch aufgrund von knappen Ressourcen eingeführt worden und werde bei allen Marktteilnehmern und Endnutzern akzeptiert. Daher hätten von dieser Regelung eine Vielzahl der Endkunden, gerade im geschäftlichen Umfeld, Gebrauch gemacht [Ventelo].
- Die fehlende Möglichkeit der Verlängerung von Rufnummern führte zu erhöhten Aufwänden und Kosten bei den Telekommunikationsanbietern und ihren Kunden. Denn im Rahmen der Umstellung müssten neue Rufnummern – im Rahmen des rechtlich zulässigen – abgeleitet zugeteilt werden, um den Bedarf beim Endkunden zu decken. Dieser müsste bestehende Konfigurationen an Telefonen und TK-Anlagen ändern. Zudem würde der Endkunde mit weiteren Kosten, z. B. für neues Briefpapier, Anpassung der Websites, Visitenkarten, belastet werden. Auch könne eine Umstellung zu fehlender Erreichbarkeit führen, die im geschäftlichen Umfeld im schlimmsten Falle existenzbedrohend sein kann [Ventelo].
- Es bestehe gemäß dem aktuell gültigen Nummernplan über die Struktur und Ausgestaltung des Nummernbereichs für Ortsnetzzufnummern — und dies von dessen erster Verfügung im Jahr 2006 an — unter Ziffer 2.3 Rufnummernstruktur die Möglichkeit des Teilnehmers, eine eigenständige Verlängerung der Rufnummern unter den unter a)-c) zu berücksichtigenden Punkten vornehmen zu können. Vor dem Hintergrund, dass diese Möglichkeit einer Rufnummernverlängerung aufgrund von knappen Ressourcen gestattet bzw. eingeführt wurde, ist sie mittlerweile bei den Marktteilnehmern und deren Endkunden (im Folgenden auch Teilnehmer genannt) gleichermaßen anerkannt [Vodafone].
- Insbesondere im Bereich der Geschäftskunden sehe man die Inanspruchnahme der Möglichkeit der Nummernverlängerung zwecks der Erreichbarkeit von Nebenstellen sowie deren Zuordnung zu oftmals speziellen Aufgabenbereichen/Teams. Eine Nichterreichbarkeit würde eine Einschränkung der derzeitigen und zukünftigen Geschäftsmodelle der Unternehmen bedeuten. Würden sich sowohl in den aktuell noch genutzten PSTN-Netzen als auch in der parallel bereits beginnenden Migration zu All-IP-Netzen Änderungen in der Erreichbarkeit von den Teilnehmern verlängerter Rufnummern ergeben, entstünden den betroffenen Unternehmen nicht unerhebliche Nachteile. Dazu gehörten alle existenten Verweise auf diese Rufnummern im

Rahmen der Korrespondenz/Kontaktaufnahme und der bereits aufgezeigten generellen Erreichbarkeit spezieller Teams und Mitarbeiter der Unternehmen für deren Geschäftspartner, Lieferanten und auch Kunden. Eine Bezifferung der entstehenden Kosten einer solchen Umstellung sei nicht abzuschätzen, diese würden aber auch nicht als unerheblich für die betroffenen Unternehmen — hier Geschäftskunden von Vodafone — angesehen [Vodafone].

- Ferner wirkten sich Veränderungen aus, die sich in der jüngeren Vergangenheit im Zuge der Warteschleifenthematik ergeben hätten, welche eine Verlagerung von servicrufnummernbasierten Diensten hin zu Ortsnetzzurufnummern — z. B. bei Unternehmenshotlines — zur Folge hätten. Dies stelle einen weiteren Punkt bei der Nutzung verlängerter Rufnummern dar, der die vorgenannten Auswirkungen bei Untersagung einer Rufnummernverlängerung durch den Teilnehmer wohl noch verstärken würde [Vodafone].
- Eine Einschränkung der bisherig in weiten Teilen des Marktes bestehenden Erreichbarkeit von verlängerten Rufnummern in den PSTN-Netzen und damit auch in NGN/ All-IP-Netzen würde ein deutlich negatives Signal hinsichtlich der Bereitschaft — insbesondere von Geschäftskunden — zur Migration in NGN/All-IP-Netze aussenden und diese, wenn nicht in Frage stellen, so doch erschweren [Vodafone].

#### **b) Erreichbarkeit verlängerter Ortsnetzzurufnummern in der Praxis**

- In Einzelfällen, in denen eine nachträgliche Ausweitung der zugeteilten Rufnummern nicht möglich gewesen sei, sei versucht worden, das Problem durch eine technische Umstellung des Kundenanschlusses zu beheben. Abgesehen vom Mehraufwand auf Seiten des Mitgliedsunternehmens habe dies auch technisch bedingt zu etwas längeren Rufaufbauzeiten geführt [IEN].
- Im NGN dürfe aufgrund der Verwendung des SIP-Protokolls eine grundsätzlich längerstelligere Nutzung von Einzelrufnummern möglich sein als im PSTN. Zumindest aber solle eine der Empfehlung E.164 der ITU entsprechende 13-stellige Nutzung als Standard weiterhin verlässlich möglich sein [VATM].
- Im PSTN seien Rufnummern aktuell in aller Regel technisch erreichbar, wenn eine Länge von 13 bis 15 Ziffern nicht überschritten wird [IN-telegence].
- In den meisten Netzen seien Rufnummern in aller Regel bis zu einer Länge von bis zu 15 Ziffern technisch erreichbar. Dies gelte in der Regel sowohl für PSTN- als auch NGN/IP-Netze [Vodafone].
- Die Umstellung der Netze auf die IP-Technologie bedeute nicht zwingend die Unmöglichkeit der Rufnummernverlängerung. Die diesbezüglichen Erfahrungen der alternativen Netzbetreiber in der Vergangenheit hätten gezeigt, dass diese Option in Einzelfällen auch weiterhin technisch realisierbar sei, wenn auch teilweise mit erheblichem Aufwand. Eine flexiblere Handhabung der diesbezüglichen Regelungen durch die etablierten Betreiber würde dem Markt zugutekommen [IEN].
- Die IP-Technik (hier SIP) an sich und insbesondere die Umstellung darauf habe keine Auswirkungen auf die Erreichbarkeit verlängerter Ortsnetzzurufnummern, sowohl für Einzelrufnummern als auch für Rufnummernblöcke. Sofern einzelne Unternehmen Schwierigkeiten mit der Erreichbarkeit verlängerter Rufnummern auf die IP-Technik (SIP) an sich bezögen, sei dies nicht zutreffend. Es könne sich in diesen Fällen nur um eine abweichende Implementierung der IP-Technik durch diese Unternehmen handeln, die dann gerade nicht geeignet seien, eine Änderung der Zuteilungsregeln der Bundesnetzagentur begründen. Man sehe daher keinen Anlass und keine Notwendigkeit, diese Regeln zum Nachteil der Kunden zu ändern [Deutsche Glasfaser].

- Eine längerstellige Nutzung von Rufnummern im SIP-Protokoll sei technisch unproblematisch [IN-telegence].
- Teilnehmer, die verlängerte Einzelrufnummern nutzen, könnten angesichts der gegebenen Umstände darauf vertrauen, dass eine verlängerte Nutzung auch im NGN unverändert möglich bleibe: Abschnitt 2.3 der Verfügung 25/2006 „Struktur und Ausgestaltung des Nummernbereichs für Ortsnetzzufnummern“ erlaube die längerstellige Nutzung der Rufnummern durch den Teilnehmer, die EU-Empfehlung E 164 sehe eine 13-stellige Nutzung vor. Seit dem 01.07.2011 seien TNB verpflichtet, ihren Kunden grundsätzlich 11-stellige Einzelrufnummern zuzuteilen, auch wenn es sich um eine Rufnummer aus einem 10-stelligen Rufnummernblock handelt. Die Telekom habe NGN-Tests mit verlängerten Rufnummern in beiden Richtungen durchgeführt [IN-telegence].
- Inwieweit Rufnummern, die Teilnehmer selbst verlängert haben, derzeit sowie künftig (im Rahmen der IP-Umstellung) technisch erreichbar sind, richte sich grundsätzlich nach den Gegebenheiten aller an der Verbindung beteiligten Netzbetreiber. Der diesbezüglich in Abschnitt 2.3 der BNetzA-Verfügung 25/2006 „Struktur und Ausgestaltung des Nummernbereichs für Ortsnetzzufnummern“ enthaltene Hinweis sei insofern uneingeschränkt zutreffend [Telekom].
- Wichtig sei, dass die BNetzA in Abschnitt 2.3 der Verfügung 25/2006 „Struktur und Ausgestaltung des Nummernbereichs für Ortsnetzzufnummern“ unmissverständlich klargestellt habe, dass Teilnehmer, die eigenständig verlängerte Rufnummern nutzen, keine Rechtsansprüche aus dieser Art der Nummernnutzung ableiten können – dies insbesondere auch nicht in technischer Hinsicht gegenüber den an der Verbindung beteiligten Netzbetreibern [Telekom].
- Die bislang bekannten Fallkonstellationen zu von Teilnehmern eigenständig verlängerten Ortsnetzzufnummern seien sehr unterschiedlich motiviert und inhaltlich vielschichtig ausgestaltet. Insofern sei es letztlich abhängig vom jeweiligen Einzelfall, ob und aus welchen Gründen sich im Rahmen der IP-Umstellung ggf. technische Funktionseinschränkungen für von Teilnehmern eigenständig verlängerte Ortsnetzzufnummern ergeben. Die Klärung von Kundenanfragen zur Thematik könne deshalb auch nur im direkten Dialog der Netzbetreiber mit ihren jeweiligen Kunden erfolgen. Dabei müsse die Wahl der erforderlichen und geeigneten Kommunikationsmittel und -maßnahmen den Netzbetreibern überlassen bleiben, um ein kunden(gruppen-)spezifisch differenziertes Vorgehen zu ermöglichen [Telekom].
- Es sei nicht bekannt, dass Netzzugänge mit verlängerten Einzelrufnummern bei erfolgter Umstellung auf IP Technik nicht oder nur schwer erreichbar sind. Hierbei greife man auf langjährige Erfahrungen im Bereich IP-vermittelnder Telekommunikation zurück. Es dürfte sogar gegenteiliges der Fall sein, denn beim Einsatz von reiner IP-Technik seien sogar Rufnummern länger als 13 Stellen denkbar und realisierbar. Solange der Telekommunikationsverkehr jedoch ganz oder in Teilen auch im PSTN geführt oder generiert wird, sei eine Ausweitung auf länger als 13 Stellen jedoch nicht geboten [Ventelo].
- Teilnehmer-Durchwahlen am Anlagenanschluss/Trunk müssten auch weiterhin erreichbar sein, wenn diese auf Rufnummernverlängerung des zugeteilten Durchwahlblocks beruhen. Dies müsse gelten, solange die zulässige Rufnummernlänge gemäß E.164 nicht überschritten ist. Die vollständige (verlängerte) Rufnummer dürfe auch nicht an den Carrier-Interconnection-Schnittstellen nach Umstellung auf All-IP auf den ursprünglich zugeteilten Rufnummernblock gekürzt werden. Dies gelte auch für die Übertragung der CLI (Calling-Line-Identification) [TAS].

- Man gehe davon aus, dass mindestens der Empfehlung E.1 64 der ITU entsprechende 13-stellige Nutzung als Standard weiterhin entsprochen werden wird und eine längerstellige Nutzung von Ortsnetzzurufnummern in allen Netztechnologien ebenfalls weiterhin möglich sein wird [Vodafone].

**c) Änderungsbedarf bezüglich der Regelung zu Rufnummernverlängerungen in Abschnitt 2.3 der Verfügung 25/2006**

- Obwohl kein Rechtsanspruch auf die Möglichkeit der verlängerten Rufnummern bestehe, solle diese Option im Interesse der Kunden aufrechterhalten bleiben. Der Kunde könne sich entscheiden, ein Risiko der schlechten Erreichbarkeit einzugehen oder auf die Möglichkeit der flexiblen Nutzung der zugeteilten Rufnummern zu verzichten [IEN].
- Es sei kein Bedarf für eine Anpassung der Zuteilungs- oder Portierungsregelungen zu sehen. Den abgeleiteten Zuteilungsnehmern stünden verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, Rufnummern in der benötigten Anzahl zu erhalten. Insbesondere hätten Kunden die Möglichkeit, sich ihren Nummernbedarf in einem flexiblen Verfahren durch die BNetzA bescheinigen zu lassen und diesen Bedarf dann beim Anbieter des Telefondienstes zu decken [IEN].
- Wenn Kunden nicht die seitens der BNetzA angebotenen Möglichkeiten nutzten und zur Vermeidung von Mehraufwand oder Kosten auf die Möglichkeit der eigenmächtigen Verlängerung von Rufnummern zurückgriffen, dürfe dies nicht der Auslöser für eine Anpassung der Zuteilungs- oder Portierungsregelungen auf Kosten der Anbieter sein. Es handele sich hierbei um seit langem etablierte und an die Umstellung auf IP-Technologie angepasste Prozesse. Eine entsprechende Umstellung hätte auch zur Folge, dass sich die Rufaufbauzeiten verlängern, was weder im Interesse der Anbieter läge, noch im Interesse der übrigen Kunden, die ihre Nummern in der zugeteilten Länge nutzen [IEN].
- Schon in der Vergangenheit sei im PSTN mehrfach diskutiert worden, eine Verlängerung der Rufnummern auf 16 Stellen zuzulassen. Abgelehnt worden sei dieser Wunsch lediglich, da noch veraltete PSTN-Technologie eingesetzt worden sei, welche die Auswertung von 16 Stellen in Teilen nicht sicher hätte unterstützen können. Vor diesem Hintergrund sei es in keiner Weise nachvollziehbar, nun nochmals eine Reduktion der zu übertragenden Ziffernanzahl vorzunehmen. Zudem würde eine weitere Einschränkung massiv in die Geschäftsmodelle von Mitgliedsunternehmen des VATM und deren Kunden, insbesondere der Geschäftskunden, eingreifen, die die heutige Verlängerung auf 13 Stellen als Standard implementiert haben und in dieser Bandbreite auch vollumfänglich nutzen [VATM].
- Auch vor dem Hintergrund der sonstigen historischen Betrachtung möchte der VATM nachdrücklich darum bitten, keine Einschränkungen durch Reduktion der zu übertragenden Ziffernanzahl vorzunehmen. Die Bundesnetzagentur habe Anschlussteilnehmern im Jahre 2006 eine verlängerte Nutzung von Einzelrufnummern unter Hinweis auf die ITU-Empfehlung ausdrücklich erlaubt. Seit dem 01.07.2011 seien Teilnehmernetzbetreiber darüber hinaus verpflichtet, ihren Kunden grundsätzlich 11-stellige Einzelrufnummern zuzuteilen, auch wenn es sich um eine Rufnummer aus einem 10-stelligen Rufnummernblock handelt. In der Praxis seien Rufnummern in aller Regel bis zu einer Länge von bis zu 15 Ziffern technisch erreichbar. Da keine grundsätzlichen technischen Hinderungsgründe ersichtlich seien, die einer verlängerten Nutzung im NGN entgegenstehen, sei es Aufgabe der Unternehmen, dafür Sorge zu tragen, dass die Standards des PSTN auch im NGN erhalten bleiben. Im Rahmen des Migrationsprozesses sei auch seitens der Telekom zu keinem Zeitpunkt darauf hingewiesen worden, dass es zu Problemen kommen

könnte; im Gegenteil, die Telekom habe die NGB-Tests mit verlängerten Rufnummern in beiden Richtungen durchgeführt [VATM].

- Eine fehlende Erreichbarkeit verlängerter Ortsnetzzufnummern wirke sich auch auf Anbieter von Servicediensten aus. Auch diese nutzten häufig verlängerte Ortsnetzzufnummern als Zielrufnummern und würden insofern ebenfalls betroffen sein [VATM].
- Das NGN solle in seinen Möglichkeiten so genutzt werden, dass bestehende Potenziale ausgeschöpft und nicht so gehandhabt werden, dass sie hinter den Handlungsoptionen des PSTN zurückbleiben. Dies wäre auch vor dem Hintergrund des Technologiewechsels ein nicht nachvollziehbarer Rückschritt, der mit erheblichen Kosten und Aufwänden für die Unternehmen verbunden sei [VATM].
- Es gebe keine grundsätzlichen Bedenken, die einer der Empfehlung E.164 der ITU entsprechenden verlängerten Nutzung von Einzelrufnummern im NGN entgegenstehen, so dass es Aufgabe der einzelnen Unternehmen sei, dafür Sorge zu tragen, dass zumindest der im PSTN aktuell gängige Standard von 13 Ziffern auch im NGN erhalten bleibt (IN-telegence).
- Fehlende Hinweise auf mögliche Einschränkungen im Rahmen der NGN-Diskussion: In den vergangenen Jahren sei zu keinem Zeitpunkt weder von der Bundesnetzagentur noch der Telekom auf mögliche Einschränkungen im NGN hingewiesen worden [IN-telegence].
- Im Hinblick auf die zurzeit kaum abschätzbaren nachteiligen Auswirkungen einer möglichen Einschränkung der verlängerten Nutzung solle von einer Einschränkung der Nutzbarkeit verlängerter Rufnummern abgesehen werden [IN-telegence].
- Man spreche sich vor dem Hintergrund fehlender Erfordernisse nachdrücklich gegen eine künstliche und IP-technisch nicht erforderliche Nutzungsbeschränkung von Ortsnetzzufnummern aus. Man bitte darum, die erheblichen Auswirkungen auf die am Markt tätigen Geschäftskunden sorgfältig vor dem Hintergrund der geplanten Maßnahme abzuwägen und von einer entsprechenden Restriktion in der Nutzung von Ortsnetzzufnummern abzusehen [next id].
- Es sei nicht erkennbar, warum eine Umstellung von tausenden Rufnummern bei gewerblichen Kunden im Zuge der Migration auf eine neue Netzinfrastruktur erforderlich sein sollte. Vielmehr solle überlegt werden, die entsprechenden Möglichkeiten der Rufnummernnutzung zu erweitern anstatt sie künstlich zu beschränken. Die weitere Einschränkung der Rufnummernnutzung in diesem Punkt würde ein technologischer Rückschritt sein. Es seien insbesondere aus IP-übertragungstechnischer Sicht auch keine Gründe ersichtlich, warum solche Restriktionen erforderlich wären [next id].
- Die im Abschnitt 2.3 der Verfügung 25/2006 „Struktur und Ausgestaltung des Nummernbereichs für Ortsnetzzufnummern“ enthaltene Regelung, nach der eine Verlängerung durch den Teilnehmer grundsätzlich zulässig ist, habe sich in der Praxis bewährt. Eine Änderung der langjährigen und gängigen Praxis sei nicht erforderlich. Man sehe keinen technischen oder sonstigen Grund für eine Änderung der Verfügung 25/2006 und der bisherigen Regelung zur Rufnummernverlängerung, da eine Erreichbarkeit auch im IP-Umfeld gegeben sei. Man begrüße es daher ausdrücklich, wenn die bisherige Regelung aufrechterhalten wird [Ventelo].

### **3. Bewertung der Stellungnahmen**

#### *a) Bedeutung der Erreichbarkeit von verlängerten Ortsnetzzufnummern*



Die Möglichkeit einer längerstelligen Nutzung von Ortsnetzzurufnummern hat vor allem für Geschäftskunden auch nach der Umstellung der Telekommunikationsnetze auf IP-Technik eine hohe Bedeutung.

Eine Beschränkung der Nutzung verlängerter Ortsnetzzurufnummern wäre mit erheblichen Aufwänden und finanziellen Belastungen auf Seiten der Teilnehmer verbunden. Sie könnte insbesondere Beeinträchtigung bei auf Mehrwertdiensternummernummern basierenden Diensten und Anwendungen im sicherheitstechnischen Bereich zur Folge haben.

*b) Technische Erreichbarkeit verlängerter Ortsnetzzurufnummern in der Praxis*

Aus der Anhörung gehen keine Hinweise darauf hervor, dass mit der Umstellung der Telekommunikationsnetze auf IP-Technik verlängerte Rufnummern nicht mehr oder nur noch eingeschränkt erreichbar seien, auch nicht bei Netzzugängen mit Einzelrufnummern. Es ist nach den Stellungnahmen vielmehr davon auszugehen, dass verlängerte Ortsnetzzurufnummern auch nach der Umstellung auf IP-Technik unverändert erreichbar sind, solange die in der ITU Empfehlung E.164 angegebene maximale Rufnummernlänge von 13 Ziffern (ohne Länderkennzahl 49) bzw. 15 Ziffern (mit Länderkennzahl 49) nicht überschritten wird.

*c) Änderungsbedarf bezüglich der Regelung zu Rufnummernverlängerungen in Abschnitt 2.3 der Verfügung 25/2006*

Es ist kein Bedarf ersichtlich, die Regelung zu Rufnummernverlängerungen in Abschnitt 2.3 der Verfügung 25/2006 zu ändern.

#### **4. Auslegung der Regelung zur längerstelligen Nutzung von Rufnummern durch den Teilnehmer**

Der Bundesnetzagentur ist im Rahmen von Anfragen und Beschwerden bekannt geworden, dass die Regelung zur längerstelligen Nutzung von Rufnummern durch den Teilnehmer hinsichtlich der Zulässigkeit einer Mitwirkung des Anbieters im Markt unterschiedlich ausgelegt wird.

Insbesondere nach der Umstellung der Telekommunikationsnetze auf IP-Technik und im Zusammenhang mit Portierungen kann es für eine längerstellige Nutzung von Rufnummern durch den Teilnehmer erforderlich sein, dass der Anbieter in seinen Systemen die längerstellige Nutzung unterstützt. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn die längerstellige Rufnummer bei abgehenden Verbindungen dem Angerufenen als Rufnummer des Anrufers angezeigt werden soll.

Vor allem für Teilnehmer, die seit Jahren durch sie selbst verlängerte Rufnummer problemlos nutzen, ist es – wie auch die öffentliche Anhörung bestätigt hat – unbenommen der einschränkenden Hinweise in der Verfügung 25/2006 von hoher Bedeutung, dass diese Nutzung auch weiterhin möglich ist.

Es sind keine negativen Auswirkungen ersichtlich, die sich daraus ergeben, dass der Anbieter des betreffenden Teilnehmers in seinen Systemen die längerstellige Nutzung unterstützt. Nach Einschätzung der Bundesnetzagentur erfolgt eine solche Unterstützung bei vielen Anbietern auch bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Vor diesem Hintergrund legt die Bundesnetzagentur die Regelung zur längerstelligen Nutzung von Rufnummern durch den Teilnehmer dahingehend aus, dass es zulässig ist, dass der Anbieter auf Wunsch des Teilnehmers von ihm längerstellig genutzte Rufnummern in seinen Systemen so konfiguriert, dass der Teilnehmer auch weiterhin unter den langstelligen Rufnummern erreichbar ist und diese bei abgehenden Verbindungen als Rufnummer des Anrufers beim Angerufenen angezeigt werden. Unbenommen davon bleibt

der Teilnehmer Zuteilungsnehmer ausschließlich der ihm zugeteilten kürzeren Rufnummern, so dass hinsichtlich der längerstelligen Nutzung – weiterhin – die diesbezüglichen Hinweise in Abschnitt 2 der Verfügung 25/2006 gelten. Der Anbieter sollte den Teilnehmer unbedingt auf diese Rechtslage hinweisen, wenn er ihn bei der Nutzung verlängerter Rufnummern unterstützt, damit beim Teilnehmer nicht der Eindruck entsteht, ihm wären (auch) die verlängerten Rufnummern zugeteilt.

## **5. Weiteres Vorgehen**

Es erfolgt derzeit keine Änderung der Regelungen bzw. Hinweise zur längerstelligen Nutzung von Rufnummern in Abschnitt 2.3 der Verfügung 25/2006.